



# **PARTEIEN UND PARTEIENSYSTEME IN AFRIKA**

**Berichte der Friedrich-Ebert-Stiftung**

**SENEGAL**

## **POLITISCHE PARTEIEN UND PARTEIENSYSTEM IM SENEGAL**

Klaus-Peter Treydte, FES Senegal  
Nanténé Coulibaly-Seck  
Saliou Konté

Juli 2005

## Warum diese Berichte?

Politische Parteien sind unverzichtbare Akteure eines repräsentativen demokratischen Systems. Um ihre Funktionen erfüllen zu können, müssen Parteien in ein funktionierendes Parteiensystem eingebettet sein. Während zur Arbeit politischer Parteien und den Parteiensystemen in konsolidierten westlichen Demokratien zahlreiche Studien existieren, ist dies für die Länder Sub-Sahara-Afrikas nicht der Fall. Verlässliche Informationen liegen, wenn überhaupt, nur sehr verstreut vor. Sie sind außerdem meist nicht sehr detailliert, häufig nicht aktuell und beschränken sich zudem üblicherweise auf das formale Regelwerk, ohne auf die tatsächlichen Abläufe einzugehen.

Dabei sind detaillierte Informationen zu den politischen Systemen Sub-Sahara-Afrikas heute notwendiger denn je. Die „dritte Welle der Demokratisierung“ (Samuel P. Huntington 1993) hat seit 1990 auch den afrikanischen Kontinent erreicht. In den meisten Ländern wurden Mehrparteiensysteme geschaffen und demokratische Wahlen abgehalten. Seitdem befinden sich diese Länder in mühsamen politischen Transitionsprozessen, deren Ergebnisse noch offen sind. Für ein besseres Verständnis und eine präzisere Einschätzung des Verlaufs und des gegenwärtigen Standes dieser Transitionsprozesse fehlen oft detaillierte Informationen. Indem die Berichte dieser Reihe die historische Entwicklung von Parteien und Parteiensystemen nachzeichnen sowie die aktuelle Situation in den Ländern Sub-Sahara-Afrikas darstellen, tragen sie dazu bei, diese Informationslücke zu schließen. Aufgrund des thematischen Fokus auf Parteien konnten alternative Akteure der Demokratisierung nur am Rande berücksichtigt werden.

Aufgrund der jahrzehntelangen Präsenz in vielen Ländern Sub-Sahara-Afrikas und der kontinuierlichen Unterstützung der Demokratisierungsprozesse in diesen Ländern, verfügen die MitarbeiterInnen der Friedrich-Ebert-Stiftung über detaillierte Kenntnisse der historischen Entstehung von Parteien und Parteiensysteme in den jeweiligen Ländern. Diese werden in den Länderberichten der Reihe „Parteien und Parteiensysteme in Afrika“ gebündelt präsentiert. Es liegen Berichte zu den folgenden Ländern vor:

- Angola
- Äthiopien
- Benin
- Botswana
- Côte d'Ivoire
- Ghana
- Kamerun
- Kenia
- Madagaskar
- Mali
- Mauritius
- Mosambik
- Namibia
- Nigeria
- Sambia
- Senegal
- Simbabwe
- Südafrika
- Tansania
- Uganda

# **POLITISCHE PARTEIEN UND PARTEIENSYSTEM IM SENEGAL**

## **Inhaltsverzeichnis**

### **I. GESCHICHTE UND STRUKTUR DES MEHRPARTEIENSYSTEMS**

1. Historische Genese
2. Rechtliche Rahmenbedingungen des Mehrparteiensystems
3. Richtlinien, Fördereinrichtungen und Sanktionsformen
  - 3.1 Parteienfinanzierung
  - 3.2 Vorkehrungen/Regelungen, Registrierungspflichten und Strukturierungsrichtlinien für Parteien

### **II. DIE PARTEIEN SENEGALS**

1. Überblick über die wichtigsten Parteien
2. Die Parteien in der Einzeldarstellung
3. Weitere Parteien des senegalesischen Parteienspektrums in Stichworten

### **III. DIE PARTEIEN IM PARLAMENT**

1. Knappe Darstellung des politischen Systems und des Wahlsystems
2. Arbeit der Parteien im Parlament – Bildung und Bedeutung von Fraktionen
3. Dienstleistungen der Parlamentsverwaltung für Parteien/Fraktionen
4. Verhaltenskultur von Politikern im Kontext von Wahlen

### **IV. ZUSAMMENFASSENDE BEWERTUNG DES MEHRPARTEIENSYSTEMS UND DER PARTEIEN**

1. Demokratietest
2. Programmatiktest
3. Relevanztest

# POLITISCHE PARTEIEN UND PARTEIENSYSTEM IM SENEGAL

Klaus-Peter Treydte, FES Senegal

Nanténé Coulibaly-Seck

Saliou Konté

Juli 2005

„Il s’agit, en somme, d’une part d’allumer chez les peuples d’outre-mer cette flamme d’active fraternité que l’on trouve dans le socialisme „révolutionnaire“, d’autre part, d’inculquer cet esprit d’organisation pratique qui a créé la technique européenne“.<sup>1</sup>

(Léopold Sédar Senghor,  
Assemblée nationale française,  
Séance du 21 Mars 1946)

## I. GESCHICHTE UND STRUKTUR DES MEHRPARTEIENSYSTEMS

### 1. Historische Genese

Senegal wurde am 4. April 1960 unabhängig, blieb aber eine tragende Säule in der „communauté française“, jener Gruppierung von ehemaligen französischen Kolonien mit dem einstigen Kolonialherren Frankreich, die bis heute das Syndrom „Françafrique“ ausmacht: ein System von formaler Unabhängigkeit und politischer Vasallentreue zu Frankreich mit all den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Begleiterscheinungen wie:

- Erbschaft des präsidentiellen Systems;
- Elitenbildung nach dem Muster der Entfremdung (die Füße in Afrika, den

Kopf in Paris) „Schwarze Haut, weiße Seele“ (Frantz Fanon);

- Fester Wechselkurs FCFA/FF/Euro – strukturelle Überbewertung;
- Jacobinische Grundidee des Staates;
- Prätorianertum in der Machtausübung;
- Wirtschaftliche Abhängigkeit von der früheren Metropole Paris;
- Verzerrte Export- und Importstrukturen;
- Defizite im Governance-Bereich: Misswirtschaft, Korruption;
- Demokratisches Defizit.

Wer heute in Afrika rechts und links schaut, sieht in den Staaten Elfenbeinküste, Togo, Guinea-Conakry, Gabun, Zentralafrikanische Republik Glanz und Elend dieser Communauté Française. Es gibt nur wenige Länder, die sich dem teilweise entziehen konnten: darunter Senegal und Mali.

Senegal entwickelte insgesamt eine demokratischere Grundstruktur, weil bereits im 19. Jahrhundert in 4 Gemeinden Senegals Bürger *qua definitione* auch Franzosen waren: in Dakar, St. Louis, Rufisque und Gorée; hier entwickelte sich ein frühes Bildungsbürgertum schon unter der Kolonialherrschaft und hier wurden schon lange vor der Unabhängigkeit Abgeordnete in die französische Nationalversammlung entsandt (1848/52, 1871 bis 1960 wie beispielsweise Lamine Guèye (Rechtsanwalt aus Dakar) und

---

<sup>1</sup> Es geht auf der einen Seite einfach darum, bei den Völkern der Dritten Welt die Flamme der aktiven Solidarität anzufachen, die wir im „revolutionären“ Sozialismus finden, auf der anderen Seite aber auch, den Geist der praktischen Organisation zu vermitteln, der die europäische Technik hervorgebracht hat.

Léopold Sédar Senghor (Lehrer, Dichter/Lyriker, Politiker und Nobel-Preisträger für Literatur). In der französischen Nationalversammlung lernten die senegalesischen Politiker die Logik europäischer Politik kennen: rechts-links, SFIO, Gaullismus, Liberale und Kommunisten.

## **2. Rechtliche Rahmenbedingungen des Mehrparteiensystems**

In den frühen Verfassungen der Republik Senegal (seit 1960) wurde das Mehrparteiensystem aus den Artikeln 3, 4 und 5 abgeleitet:

- Die Souveränität des senegalesischen Volkes wird durch gewählte Vertreter ausgeübt;
- politische Parteien sind aufgerufen, daran mitzuarbeiten;
- jede Art von religiöser oder rassistischer Diskriminierung sowie Sezession ist untersagt.

In der jetzt gültigen Verfassung von 2001 garantiert der Artikel 8 die grundsätzliche politische Freiheit des Bürgers, einschließlich aller abgeleiteten Freiheiten wie Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit und Pressefreiheit. Für diese Freiheiten gibt es dann entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen.

Alleiniger Ansprechpartner der politischen Parteien ist das Innenministerium, in dem eine Direktion für Allgemeine Fragen und Territorialverwaltung – DAGAT und untergeordnet die Abteilung für politische und Gewerkschaftsangelegenheiten eingerichtet sind (Division des Affaires Politiques et Syndicales – DAPS). Der Antrag auf Zulassung einer Partei wird vom Innenministerium dann geprüft, geht dem jeweiligen Präfekten und dem Gouverneur zu, der im We-

sentlichen die „traçabilité“, die Nachvollziehbarkeit und räumliche Ortung der Partei prüft. Nach einer Prüfung entscheidet das Ministerium über eine Zulassung. Über die Auflösung von Parteien entscheiden normale Gerichte, da die Parteien nach dem Vereinsrecht geregelt sind.

## ***Begrenztes Mehrparteiensystem – 1975-1981 (multipartisme limité)***

Die Gründung von politischen Parteien wurde seit 1975 freizügig und nach den einfachen Regeln des bürgerlichen Vereinsrechts gestaltet. Parteien sind Vereine bürgerlichen Rechts, die nach dem Gesetz 75-68 vom 9. Juli 1975 (Parteien-Gesetz) und entsprechend den §§ 812-814 des senegalesischen Zivil- und Handelsrechts gegründet wurden mit einfachen Grundregeln:

- Respekt vor der nationalen Souveränität;
- Einhaltung der Verfassung;
- Anerkennung demokratischer Grundsätze.

Jedes Jahr hatte die jeweilige Partei ihren Namen, ihre Satzung, ihren Vorstand (Name, Funktion und Wohnsitz), ihre „Gewinn- und Verlustrechnung“ und eine Erklärung vorzulegen, die zu bescheinigen hatte, daß die Partei keine Unterstützung aus dem Ausland bekomme.

Das Innenministerium prüfte die Unterlagen und stellte eine Unbedenklichkeitsbescheinigung aus (récépissé). In den Ausführungsbestimmungen für dieses Gesetz in der Form des Dekrets Nr. 75-1088 vom 23. Oktober 1975 wurden konkrete Hinweise zur Kontenführung und zur finanziellen Haushaltung der Parteien gegeben, wobei offensichtlich die Zielrichtung der Regierung war, ausländische Finanzierung und Einflussnah-

me aus dem Ausland zu kontrollieren oder zu unterbinden.

Die inhaltlich-ideologische Orientierung der politischen Parteien aus der Sicht der senegalesischen Regierung war zu dieser Zeit des „begrenzten Parteienpluralismus“ wiederum bemerkenswert „eurozentristisch“ ausgelegt.

Die Regierung ging davon aus, Senegal solle eine

- konservative, eine
- liberal-demokratische, eine
- sozialdemokratische/sozialistische, eine
- marxistisch-leninistische oder kommunistische Partei haben.

Es gab in dieser ersten Phase des „multipartisme limité“ nur diese Groborientierung. Es konnten sich auch keine 2 Parteien in einer politischen Kategorie ansiedeln. Einer zweiten politischen Initiative oder einer Synthese aus unterschiedlichen Strömungen wurde die Zulassung verweigert. Abgesehen davon waren monarchistisch-royalistische, religiöse und auf eine spezifische Hautfarbe sich gründende sowie regionalistisch-sezessionistische Parteien verboten.

Die Auffassung der Regierung war: Pluralismus ja, aber keine Parteien-Anarchie. Diese Arbeitshypothese ließ sich aber im Laufe der Zeit nicht halten: immer mehr Parteien der unterschiedlichsten Zuschnitte gründeten sich und wenn ihnen die „récépissé“, die Unbedenklichkeitsbescheinigung verweigert wurde, blieben sie in der Halblegalität weiterhin bestehen. So entstanden aus der UPS die „sozialistische“ Partei PS; die PDS von Me Abdoulaye Wade als „liberale Partei“; das Mouvement Républicain

Sénégalais (MRS), gegründet von Boubacar Guèye als „konservative“ Partei und die PAI unter Majhemout Diop als „marxistisch-leninistische“ (kommunistische) Partei. Die Partei RND, die eben verschiedene Strömungen in sich aufnehmen wollte, wurde nicht anerkannt.

### ***Unbegrenzter Parteienpluralismus ab 1981 (multipartisme intégrale)***

Der Übergang von Senghor zu Abdou Diouf als Präsident am 1. Januar 1981 brachte deshalb eine weitere Pluralisierung mit sich: „le multipartisme intégral“. Diouf brachte 2 Gesetze ein: ein Gesetz zur Verfassungsänderung (Nr. 81-16 vom 8. Mai 1981) und ein Gesetz zu Parteien (Nr. 81-17 vom 6. Mai 1981), mit denen das Parteienspektrum weitgehend von bürokratisch-administrativen Fesseln befreit wurde. Allerdings mussten sich die Parteien im Gegenzug auf die Einhaltung der Verfassung festlegen lassen und damit auf die Anerkennung der sogenannten Hintergrundbedingungen (conditions de fond):

- Grundsätzliche Anerkennung der Republik als Staatsform (also weiterhin keine Royalisten zugelassen);
- Machtwechsel nur durch demokratische allgemeine Wahlen;
- Unantastbarkeit der nationalen Souveränität, der Demokratie und der Integrität des Territoriums Senegals.

Diese Bedingungen müssen nicht nur bei der Gründung, sondern im Zeitablauf zu jeder Zeit eingehalten werden. Wird auch nur gegen einen Wert verstoßen, wird die Zulassung sofort entzogen.

Die Bedingungen der Form (conditions de forme) sind im Grunde wieder nichts anderes als die vereinsrechtlichen Bestimmungen

der §§ 812-814 des senegalesischen Zivil- und Handelsrechts, die Elemente einer vereinsrechtlichen Transparenz und Good Governance in Vereinen oder Unternehmen regeln. Weiterhin blieb das Innenministerium mit der administrativen Kontrolle der Parteien beauftragt.

In dieser Phase bildeten sich die Mehrzahl der heute im senegalesischen Parlament vertretenen Parteien. Insgesamt ist das Parteienspektrum extrem aufgefächert. 65 Parteien gehören zur politischen Landschaft: manche von ihnen sind kleine Gruppen und Grüppchen. Manche Parteiennamen lesen sich wie der „Gotha“ der marxistischen und autonomen Szene in Berlin-Kreuzberg (siehe Anhang A: Liste der aktuellen senegalesischen politischen Parteien – Auswahl ).

Parallel zum Prozess der Spaltung oder Aufgefächerung gibt es auch einen solchen der Fusionierung und eines Aufgehens in einer größeren Partei. Deshalb kann man nicht endgültig und definitiv die Anzahl der politischen Parteien im Senegal angeben.

### **3. Richtlinien, Fördereinrichtungen und Sanktionsformen**

Das aktuelle Parteiengesetz Nr. 81 vom 6. Mai 1981 regelt in 5 Artikeln die Zulassung der politischen Parteien. Ein Ergänzungsgesetz Nr. 89-36 vom 12. Oktober 1989 faßt die Artikel 4 und 5 neu und bestimmt, daß die Auflösung einer Partei durch ein Dekret der Regierung auf Vorschlag des Innenministeriums zu veranlassen ist und die Vermögenswerte der Parteien nach Maßgabe des § 817 der Zivil- und Handelsrechts geregelt werden.

Zentrale Vorschrift, die zu einer Auflösung einer Partei führt, ist der Erhalt von direkter

oder indirekter finanzieller Unterstützung aus dem Ausland.

#### **3.1 Parteienfinanzierung**

Es gibt keine staatliche Grundfinanzierung der politischen Parteien im Senegal. Die Parteien müssen sich über Mitgliedsbeiträge, Schenkungen, Erbschaften oder durch Einnahmen aus Veranstaltungen finanzieren. Ausländische Einflußnahme war und ist der wichtigste Beweggrund für die Ablehnung ausländischer Hilfe von politischen Parteien. Im Jahre 1975 war der „Kalte Krieg“ auf seinem Höhepunkt: die Sowjetunion suchte eine verstärkte außen- und entwicklungspolitische Einflußnahme in den Staaten Afrikas: Mali, Äthiopien, Guinea, Ghana, Algerien, Ägypten, Libyen, Tansania, Madagaskar, Angola, Mosambik. Senegal wollte sich dem entziehen.

Nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Niedergang der Sowjetunion wird dieser Gefahr nicht mehr viel Bedeutung beigemessen; dafür gibt es heute andere Bedrohungsszenarien, u.a. den islamischen Fundamentalismus.

Die politischen Parteien müssen jedes Jahr vor dem 31. Januar eine vom Schatzmeister der Partei unterschriebenen Einnahmen- und Ausgabenrechnung und Auszüge ihrer Bank- und/oder Postscheckkonten dem Innenministerium vorlegen. Die Kontrolle wird von einem Staatsanwalt durch geführt, der vom Präsidenten des Staatsrats in Abstimmung mit dem Justiz- und Innenminister benannt wird.

All das sieht auf dem Papier gut aus; die Realität ist allerdings eine andere: die Parteienfinanzierung ist die große Ungereimtheit des senegalesischen Parteiensystems.

### **3.2 Vorkehrungen/Regelungen, Registrierungspflichten und Strukturierungsrichtlinien für Parteien**

Die innerparteiliche Demokratie ist zu wahren, jede Partei hat ihre eigenen Statute, die staatliche Einflußnahme auf die inneren Organisationsformen ist gering. Die Fragen der politischen „transhumance“ sind nicht so sehr im Innern der Parteien als vielmehr im Parlament der Abgeordneten geregelt: Wechselt ein Abgeordneter Partei und Fraktion, verliert er sein Mandat. Im Mai 2005 lief der Vorgang einer Fronde von 12 Abgeordneten innerhalb der liberalen Partei, die aus der Koalitionsfraktion ausscherten und eine eigene „liberale“ Fraktion gründeten, ohne ihre eigene Partei zu verlassen. Hier ist die Parlamentsordnung eindeutig: Fraktionen können gegründet und gewechselt werden, wenn nicht die Partei gewechselt wird. Die Partei müsste ein Parteiausschlussverfahren gegen ihre eigenen Parteimitglieder einleiten, um gegen Fraktionsspaltungen vorzugehen. Damit drohte dann auch der Parteivorsitzende Wade und die Frondeure kehrten wieder in die Fraktion zurück.

## **II. DIE PARTEIEN SENEGALS**

### **1. Überblick über die wichtigsten Parteien**

Ausgehend von der kolonialen Erfahrung im französischen Mutterland entwickelte sich im Senegal ein breites Spektrum von politischen Parteien von rechts bis links, einschließlich einer religiös konservativen Dimension. Nicht zu unterschätzen sind dabei politische Entwicklungen im 2. Weltkrieg, die ihre Markierungen hinterließen: 1940 bis 1942 schloß sich die Kolonie Senegal dem Vichy-Regime an und wechselte erst danach zum „Freien Frankreich von de Gaulles“. Ab 1946 wurde der Senegal Teil

der „Französischen Union“ und alle Senegalesen bekamen die französische Staatsbürgerschaft.

Wie bereits angedeutet, war die Vorkriegs- und erste Nachkriegszeit vor der eigentlichen Unabhängigkeit durch 3 politische Führer gekennzeichnet:

- durch Blaise Diagne der Republikanischen Sozialistischen Partei, der bereits 1914 als schwarzer Abgeordneter Senegals in die französische Nationalversammlung gewählt wurde;
- durch Lamine Guèye, dessen politischer Raum die Küstenstädte waren (senegalesischer Protagonist der französischen Sozialdemokraten SFIO in der IV. Republik) und
- durch Léopold Sédar Senghor, der seine politische Stärke aus dem bäuerlichen Raum des senegalesischen Hinterlands bezog und, gemessen an der SFIO, deutlich sozialistischer und anti-kolonialistisch eingestellt war.

1948 gründete Senghor den „Senegalesischen Demokratischen Block“, der in den 50er Jahren politisch dominierte. Im Jahre 1958 gründete Senghor dann die Union Progressiste Sénégalaise (UPS), unter deren Banner er Senegal in die Unabhängigkeit innerhalb der Communauté Française von de Gaulles'scher Orientierung führte – nach einem kurzen Intermezzo der Integration Senegals in eine „Sudanesische Republik“ (des früheren französischen Sudans) unter dem Namen „Mali-Föderation“ – von Januar 1959 bis zur Unabhängigkeit dieser Mali-Föderation im Juli 1960 unter der Doppelführung von Modibo Keita und Senghor, die aber wegen Unvereinbarkeit der beiden Persönlichkeiten nicht hielt und im August 1960 auseinanderbrach. Diese Unabhängig-



keit brachte die formale Unabhängigkeit bei gleichzeitiger starker wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und politischer Bindung zu Frankreich.

**Die erste Phase der Unabhängigkeit: „Senghorismus“ in der Form einer hegemonialen Staatspartei („Parti-Etat“)**

Am 5. September 1960 wurde also Senghor erster Präsident des unabhängigen Senegals (nach 300 Jahren französischer kolonialer Besetzung) und Mamadou Dia, ein stark links-sozialistisch orientierter Politiker der Unabhängigkeitsbewegung, Premierminister. Mamadou Dia wollte eine umfassende Planwirtschaft sowjetischen Zuschnitts einführen, was nicht die Zustimmung der Franzosen fand, und wurde daher von Senghor 1962 „wegen versuchten Putsches“ entmachtet, verurteilt und inhaftiert (später aber wieder begnadigt und freigelassen). Verschiedene andere Parteigruppierungen wie die revolutionär-kommunistische Partei der afrikanischen Unabhängigkeit PIA, der marxistisch-kommunistische „Block der senegalesischen Massen“ von Cheickh Anta Diop und der senegalesische Ableger des sozialistischen RDA (Rassemblement Démocratique Africain), der in ganz Westafrika existierte, setzten sich nicht durch und so dominierte die UPS Senghors das politische Geschehen Senegals bis zum Punkt einer faktischen Einparteien-Herrschaft, obwohl *de jure* der Artikel 3 der Verfassung, der einen Parteienpluralismus schützt, nie „umgeschrieben“ wurde. 1963 schaffte eine Verfassungsänderung die Doppelköpfigkeit der senegalesischen Exekutive und den Posten des Premierministers ab. Senghor wurde allein herrschender Präsident. Politische Unruhen führten zu einer Verhärtung des monolithischen Charakters des UPS-Regimes, indem andere Parteien verboten wurden und die UPS tatsächlich auch legal eine Ein-

Parteiherrschaft einführte. 1976 wechselte die UPS den Namen und wurde PS – „Parti Socialiste“.

**2. Die Parteien in der Einzeldarstellung Die Sozialistische Partei Senegals**

Insgesamt dauerte die Ein-Parteiherrschaft im Senegal eine Dekade, denn mit dem 8. August 1974 wurde die PDS „Parti Démocratique Sénégalais“ des jungen Rechtsanwalts Abdoulaye Wade formell zugelassen und das Land in eine zunächst begrenzte pluralistische Parteien-Demokratie geführt. Drei Gründe haben zu dieser Öffnung geführt:

1. Innerhalb der PS bildeten sich antagonistische Strömungen und Flügel, die die Parteiführung nicht mehr halten konnte;
2. Für den Beitritt der PS Senegals zur „Sozialistischen Internationale“ unter Führung Willy Brandts war interner Parteien-Pluralismus im jeweiligen Lande Voraussetzung;
3. Schließlich war die Gründung einer am europäischen Liberalismus orientierten Partei in der Form der PDS Wades<sup>2</sup> ein Hinweis auf eine neue Dimension des politischen Lebens in Afrika: weg von totalitären Linksparteien oder Militärregimen hin zu einer gemäßigt republikanischen Politikorientierung größerer senegalesischer Bevölke-

---

<sup>2</sup> Die liberale Zuordnung bedarf allerdings einer Präzisierung. Bei der Gründung schwebte Wade ideologisch etwas Ähnliches wie die Orientierung der englischen Labour-Party vor: eine nicht-sozialistische, nicht-marxistische, aber sozial engagierte Partei in der französischen Ausdrucksform „travailliste“, die in der ersten Instanz eben nicht „liberal“ zu nennen war. Noch heute heißt die Jugendorganisation der PDS: „UJTL“ – Union des Jeunes Travailleurs Libres. Erst im Laufe der 80er Jahre entwickelt sich Wade stärker zum internationalen Liberalismus hin – bis zum Eintritt in die „Internationale der Liberalen“.

ungsgruppen. Das erleichterte die Registrierung und die Öffnung zum Mehrparteien-System. Gleichzeitig ist es ohne Zweifel der historische Verdienst Wades, den Mut aufgebracht zu haben, eine liberale Oppositionspartei im Senegal zu gründen und damit einen Paradigma-Wechsel im frankophonen Afrika eingeleitet zu haben, der erst 14 Jahre später durch Mitterrands Rede in Baule 1990 gewissermaßen „notariell beglaubigt“ wurde, aber dann doch auch wieder von der französischen offiziellen Afrika-Politik nur halbherzig umgesetzt wurde.

In der Organisation verließ die PS die klassischen Muster der europäischen Parteien des Eintritts von politisch engagierten „Individuen“, setzte vielmehr auf eine „Massenbasis“ und organisierte die senegalesische Gesellschaft auf einer korporatistischen Basis. Ganze Gruppen der Gesellschaft wurden durch den Übertritt der sozialen Führer kooptiert: les grands électeurs. In wenigen Jahren bootete über dieses Muster die UPS/PS die an und für sich zunächst stärkere SFIO aus. Bauernvereinigungen, Gewerkschaften, religiöse Bruderschaften wurden en bloque gebunden und dadurch erwarb die PS eine unbeschränkte Hegemonie. Im Grunde ging die PS Senghors in ihrem Organisationsmodell noch weiter als die kommunistische Theorie und Praxis der Staatspartei mit Transmissionsriemen. Die PS war *Staat und Gesellschaft* zugleich. Sie integrierte alle Komponenten Senegals zu einem „Senegalesisch-sozialistischem Gesamtkunstwerk“. Aber trotz dieser Dominanz blieb die innere politische Organisation schwach. Ähnlich der französischen PS blieb die PS Senegals eine Partei von Funktionsträgern; nach dem Verlust der Macht 2000

zerbröckelte die Mitgliedschaft, weil die Mitglieder jenseits ihrer Funktionsträgerschaft keine gemeinsame politische Überzeugung hatten oder haben. Entsprechend desillusionierend sieht heute das Parteihaus aus: ein leeres Abbruchgebäude, aus dem die Mitglieder der Partei ausgezogen sind. Zur ideologischen Bedeutung Senghors, siehe den ideologischen Exkurs: der Afrikanische Sozialismus à la Senghor.

Der Wechsel von Senghor zu Diouf brachte eine programmatische Erneuerung mit sich:

- Stärkung der innerparteilichen Demokratie (offenere Debatte, keine monopolisierende Meinungsbildung von oben nach unten, nach dem Motto: „die Demokratie ist die Kunst, den Menschen für sich selbst verantwortlich zu machen“; Abdou Diouf);
- Öffnung der PS nach Außen (neue Mitglieder auch aus anderen Parteien);
- Neubewertung des Sozialismus als Ideologie: Diouf sprach von einer grundsätzlich optimistischen „Wette“ auf den Menschen an sich. Das impliziere nach seiner Auffassung: Selbstvertrauen, Innovation, Kreativität, Solidarität und Leistungengagement;
- Abbau von Utopie: es gehe darum, sich um die Belange des „konkreten Menschen“ zu kümmern;
- Forderung nach einer kulturellen Erneuerung, einer Neubewertung der Wertematrix des Menschen. In der Diktion der PS Dioufs sollte eine Nation nicht nur eine Verfassung für die Wahrung der Menschen- und politischen Rechte und Pflichten haben, sondern eben auch eine nationale „Kulturcharta“.

Die PS Senegals ist Vollmitglied der Sozialistischen Internationalen. Nach dem Abtreten Dioufs ist Ousmane Tanor Dieng zum 1. Sekretär (Vorsitzender) der Partei bestellt worden. Dieng ist zugleich Vorsitzender des Afrika-Komitees der SI. Er sieht sich als präsumptiver Präsidentschaftskandidat der PS für die Wahlen 2007. Ob er allerdings als Angehöriger der gesellschaftlichen Gruppe der „Griots“ in einem demokratischen Wahlkampf die noch in weiten Teilen der senegalesischen Gesellschaft gegen diese Gruppe vorhandenen Vorurteile überwinden kann, steht auf einem anderen Blatt.

### **Die Demokratische Partei Senegals (PDS)**

Als Abdoulaye Wade die PDS 1974 gründete, gab es noch kein Gesetz für die pluralistische Gestaltung der Parteienlandschaft Senegals. Auf dem 1. Parteitag nach der (vorläufigen) Gründung der Partei vom 30. Januar bis zum 1. Februar 1976 in Kaolack gab sich die Partei die Bezeichnung eines „*socialisme travailliste*“, eine Etikettierung, die in der Partei zu beträchtlichen Widersprüchen führte und die Partei insgesamt in ihrer Gründungsphase ambivalent zwischen liberal und sozialdemokratisch hin und her schlingern ließ. Dabei geriet die Partei in die Gefahr, verboten zu werden, denn ihr war der Platz einer liberalen, nicht aber die Rolle eines zweiten Stroms innerhalb der sozialistisch-sozialdemokratischen Strömung zugeacht. Noch im Dezember 1977 anlässlich des 2. Parteikongresses hieß Wades Bilanzrede: „*Unsere Doktrin des Travaillismus: Grundlagen, Bilanz und Perspektiven einer konstruktiven Opposition*“. Klassische politische Forderungen der Sozialdemokratie stehen auch am Anfang der PDS (Artikel 2 der Satzung): Abschaffung von Unterdrückung, Ausbeutung, Entfremdung, Nutzung der modernen wissenschaftlichen Erkennt-

nisse für Senegal und die Senegalesen. Auch die PDS hat einen spezifisch afrikanischen Begriff der Arbeit. Für die PDS wird das „afrikanische“ Individuum nicht von der Gruppe getrennt. Das Individuum ist integraler Bestandteil einer Gruppe. Sozialismus ist deshalb eine Wertevorstellung der Gruppe. Während nach westlicher Vorstellung die Freiheit ein Wert für das Individuum ist, war nach Wades früher Vorstellung Freiheit und Sozialismus in dem dynamischen Phänomen der Arbeit in der Gruppe vereint und „versöhnt“. In der wirtschaftlichen Analyse geht er von der marxistischen Terminologie weg und benutzt mehr liberale Begriffe der „relativen Faktorausstattung“. Da Afrika und Senegal eben reich an dem Faktor Arbeit sei und mager mit Kapital ausgestattet sei, müsse arbeitsintensiv produziert werden, damit die Wertschöpfung auch den nationalen, senegalesischen Wirtschaftssubjekten zu Gute komme und nicht den (ausländischen) Kapitaleignern. Daraus wird dann auch eine nationale Orientierung der Wirtschaftspolitik abgeleitet, also im ersten Ansatz nicht „liberale“ Orientierung. Schließlich verknüpft sich sein „Sozial-Travaillismus“ mit einem Aspekt der spezifischen Ausprägung der islamischen Bruderschaften, dem Mouridismus im Senegal. „Die Arbeit, Quelle der Freiheit in unserer Vorstellung, führt zu einer Mystik der Arbeit wie in unserem mouridischen Glauben. Diese Beziehung auf die Mystik hat nichts Überraschendes, denn in den unterschiedlichen Ausprägungen des europäischen Sozialismus kann man genau so viele Bezugspunkte zur christlichen Mystik finden“.

Die liberale Dimension fand die PDS in den frühen 80-iger Jahren, als sich Wades Partei für eine Erneuerung der senegalesischen Wirtschaftspolitik aussprach: weniger Staat, Sanierung der Staatsfinanzen, Neuordnung

der Produktion (weniger Erdnuss, Diversifizierung der Landwirtschaft), Nutzung der Solarenergie etc. Heute ist die PDS Mitglied der „Internationalen der Liberalen“.

Wades politischer Lebensweg war immer eine Pendelbewegung zwischen Opposition und kooptiertem Minister in der Regierung Diouf; zwischen seiner Versailler Wohnung und der Pilgerreise nach Touba, zum spirituellen Zentrum der Mouriden; zwischen freiem Rechtsanwalt und politischem Gefangenen im senegalesischen Gefängnis. In einer Phase wurde Wades PDS als demokratiepolitisches Feigenblatt der PS verspottet; später stellte sich die Partei als „radikal-demokratische“ sprich: liberale Alternative zur vermachteten PS dar, mit einem politischen Diskurs, der das Wahlrecht (mehr Proportionalität), die Wahrung des Wahlheimnisses, die Fragen der Wählerlisten und der politischen Grundrechte in Verfassungstheorie und –praxis ansprach. Mit einem liberalen Programm für den Wandel (in Wolof: „sopi“) gewann Abdoulaye Wade die Präsidentschaftswahlen im März 2000 im 2. Wahlgang mit 58,49 %.

### **Das Rassemblement National Démocratique (RND)**

Die zweite Oppositionspartei (RND) zog 1983 (theoretisch) zum ersten Mal ins senegalesische Parlament. Diese Partei wurde 1976 von Prof. Cheikh Anta Dioup als supra-ideologische Sammlungsbewegung (Marxisten und Nicht-Marxisten) in der Auseinandersetzung mit Senghors Frankreichfreundlichem Kurs gegründet. Die wichtigsten politischen Forderungen waren:

- Rehabilitierung der nationalen Sprachen und Nutzung im täglichen Gebrauch (Parlament etc.);

- Beendigung des Status' Senegals als „Jagdgrund des französischen Imperialismus“;
- Reform der Kooperationsverträge mit Frankreich;
- Ausweisung/Abschaffung der französischen Experten im Präsidentialamt;
- Senegalisierung der Beschäftigung in den Unternehmen;
- Weitgehende Reformen in Bildung, Kultur, Sport, Gesundheit.

Cheikh Anta Diop, der Generalsekretär des RND, wurde 1983 als einziger Abgeordneter dieser Partei ins Parlament gewählt, trat aber aus Protest gegen vermeintliche Wahlfälschungen sein Mandat nicht an. Die Partei lehnt sich in Rückbesinnung auf den „Heroismus“ der vorkolonialen Stammesreiche des Senegal gegen die noch immer faktische Unterwerfung und Abhängigkeit des Senegal von der alten Kolonialmacht Frankreich auf.

### **Die Konservative Partei: Le Mouvement Républicain Sénégalais (MRS)**

Nach der Verfassungsänderung von 1978 wurde auch ein genuin „konservatives“ politisches Denken im Senegal zugelassen. Daraufhin gründete sich der MRS, die einzige politische Gruppierung, die nicht in irgendeiner Weise Bezug auf den Sozialismus nimmt. Ihr Parteiprogramm zentriert um Menschenrechte, um die Freiheit der Unternehmen, Freiheit der Presse und um das Recht auf Eigentum.

In ihrer Verfassungsvorstellung zielt sie auf eine stärkere Parlamentarisierung der Demokratie: die Regierung sollte vom Parlament gewählt werden und ein nicht-exekutiver Präsident würde indirekt von Parlament und Senat gewählt. Der MRS

plädiert für eine Abschaffung aller administrativen und „repressiven“ Gängelungen von Gemeinden, Regionen, Zeitungen und Verlagen, will die Staatssicherheitsgerichtshöfe abschaffen und jedem Angeklagten von der ersten Stunde an Rechtsbeistand anbieten.

Im wirtschaftlichen und sozialen Bereich tritt der MRS ein für:

- Freie wirtschaftliche Initiative und für ein freies Unternehmertum ein;
- Der Staat solle Monopole abschaffen, die Nationalisierungen rückgängig machen, der Staat solle sich auf Gebiete beschränken, in denen eine private Initiative nicht möglich ist;
- Eine regionale Orientierung Senegals mit der Schaffung einer regionalen Währungsunion solle dazu führen, dass der Senegal weniger vom französischen Franc abhängig wäre;
- Recht auf privaten Grund und Boden, Abschaffung der Rechtsform der „Nationalen Domaine“; privatrechtlich orientierte Reform des Bodenrechts.

In der Erziehung nimmt die Partei eine eher konservative Stellung ein.

- Religiöse Grunderziehung bis zum 10. Lebensjahr, laizistische Orientierung erst danach;
- Jugendschutz durch Verbot von Alkohol und der Verherrlichung von Gewalt in Medien und Filmen;
- Die Rolle der Frau ist bei aller rechtlichen Gleichstellung aber in erster Linie die der Mutter.

In der französischen Literatur wird der MRS als rechts-extreme Partei bezeichnet, im senegalesischen Kontext überwiegt aber eher die „liberale“ Tendenz.

### **3. Weitere Parteien des senegalesischen Parteienspektrums in Stichworten**

Aus dem Gesamtspektrum von mehr als 60 Parteien oder politischen Gruppierungen sollten noch folgende, die aktuell oder zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt eine gewisse Rolle spielen oder spielten, aufgezählt werden:

- AND-Jeff / Parti Africain pour la Démocratie et le Socialisme (AJ/PADS);
- Union pour la Démocratie Populaire (UDP);
- Mouvement Démocratique Populaire (MDP);
- Parti Populaire Sénégalais (PPS);
- Parti pour la Libération du Peuple (PLP);
- Parti Africain de l'Indépendance (PAI);
- La Ligue Démocratique – Mouvement pour le Parti du Travail (LD/MPT);
- Alliance des Forces du Progrès;
- Convention Démocratique et Patriotique – Garab-Gi (CDP);
- Blocque Centriste Gaindé (BCG);
- Parti de l'Indépendance et du Travail (PIT);
- Union du Renouveau Démocratique (URD).

Allen diesen Parteien ist eigen, dass sie im Wesentlichen Abspaltungen der großen politischen Orientierungen sind, die sich entweder wegen Unvereinbarkeit von Führungspersonlichkeiten in der selben Partei, über ideologische Fragen oder über politische Einzelentscheidungen abgespalten haben. Innenpolitik ist in gewisser Hinsicht „Volkssport“ im Senegal, es vergeht kaum ein Tag, an dem sich nicht Parteien oder Gruppen spalten oder auch wieder fusionieren, sich neue Koalitionen bilden oder par-

lamentarische Fraktionen auseinander brechen und Regierungen umgebildet werden.

### **AND-Jeff / Parti Africain pour la Démocratie et le Socialisme (AJ/PADS)**

Um den Generalsekretär Landing Savané bildete sich eine marxistische oder „post-marxistische“ Gruppe, die sich in der Aufarbeitung des Indochina-Krieges zuerst Frankreichs und dann der USA als dezidiert Ho-Chi-Minh-orientiert gab, den Sozialismus sowjetischer Prägung ablehnte und den Anti-Imperialismus als politisches Programm hatte. In den 80-iger Jahren ging Landing Savané auf die SI zu. Heute ist er Staatsminister in der Présidence (vor der kürzlichen Regierungsumbildung Industrie- und „Mittelstands“-minister im Kabinett Wade, der letzte verbliebene „revolutionäre“ Minister. Er begründet sein Verbleiben im Kabinett Wade damit, daß ihm die Arbeit als Minister einen großen Gewinn für den Realitätsbezug der politischen Arbeit gebracht hätte. Auch heute noch sieht sich Landing Savané als Teil der Sozialistischen Internationale (Beobachterstatus).

### **Union pour la Démocratie Populaire (UDP)**

Diese Partei um den Generalsekretär Hamédine Racine Guissé bezeichnet sich als revolutionäre Partei neuen Typs, lehnt den klassischen, sowjetischen Marxismus ab, und kämpft gegen die imperialistische Beherrschung Senegals durch ausländische Interessen. Basisdemokratische Volksversammlungen sollen das Geschehen auf allen Ebenen bestimmen. In der Praxis stützte diese Partei in der Vergangenheit die Präsidentschaftskandidatur von Mamadou Dia.

### **Mouvement Démocratique Populaire (MDP) – heute MSU**

Mamadou Dia, der engste Weggefährte Senghors im Unabhängigkeitskampf, war der konzeptionelle Kopf der wirtschaftspolitischen Doktrin des Afrikanischen Sozialismus: im Gegensatz zum Wirtschaften des Individuums (homo oeconomicus) in der westlichen Vorstellung zielt Dia auf wirtschaftliches Handeln als Person in einer Gruppe. Dia sieht sich in seinen wirtschaftspolitischen Vorstellungen „realistischer“ als der „doktrinäre“ Sozialismus, zielt auf einen humanistischen Sozialismus, spricht sogar von einem „spirituellen“ Sozialismus und will eine Brücke zum Islam schlagen, indem er moderne Technik, naturwissenschaftliche Erkenntnis und Reformbewußtsein in den Islam einbringen will. Zugleich ist Dia im Aufbau „auto-gestionnaire“. Seine Konzeption leitet er aus alten Wolof-Werten her, die in den Worten „bokk“, „cer“, „mbedd“ die Begriffe wie Gruppe, Umwelt und Aneignung/Sparen zu einer „vitalistischen“ Vorstellung des Wirtschaftens und der Entwicklung führen sollen. Bei den Präsidentschaftswahlen 1983 war Mamadou Dia noch einmal Kandidat gegen Diouf und Wade.

### **Parti Populaire Sénégalais (PPS)**

Die PPS um ihren Generalsekretär Dr. Oumar Wone sieht sich als nicht-sozialistische Linkspartei, kämpft gegen jegliche Formen von Neo-Kolonialismus im Senegal und gibt sich pragmatisch-rational bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen: Bau von Staudämmen für Energie- und Wassergewinnung, Kampf gegen die Desertifikation durch den Bau großer Kanäle.

### **Parti pour la Libération du Peuple (PLP)**

Diese Partei ist eine Abspaltung vom RND nach den Präsidentschaftswahlen von 1983,

aus den Diouf als Sieger hervorging, was Cheickh Anta Dioup ohne Kommentar, gewissermaßen passiv billigend als politisch richtig akzeptierte. Darauf bildete sich eine Fronde um Abdoulaye Kane, der die neue Partei gründete, die sich als legitime Erbin der politischen Substanz des RND ansah.

### ***Parti Africain de l'Indépendance (PAI)***

Die PAI ist eine alte marxistische Partei des Unabhängigkeitskampfes, die Ihre Wurzeln im Komintern hat. Ihr Generalsekretär Majhemout Diop kritisierte Senghors zurückhaltende Wirtschafts- und Agrarpolitik. Für die PAI sollte die senegalesische Landwirtschaft kollektiviert und mechanisiert werden und folgte damit klassischen stalinistischen Lehren. Die Partei konnte im Senegal nie richtig Fuß fassen und kandidierte bei den Parlamentswahlen 1978 und Präsidentschaftswahlen 1983 ohne nennenswerte Erfolge.

### ***La Ligue Démocratique – Mouvement pour le Parti du Travail (LD/MPT)***

1974 spalteten sich aus der historischen PAI insgesamt drei Parteien ab: darunter die LD/MPT. Diese Partei kritisiert Neokolonialismus, verweist auf feudale Strukturen im Senegal, nennt die Bauernschaft den natürlichen Verbündeten des Proletariats, kritisiert das Entstehen einer „ Bourgeoisie politico-bureaucratique et compradore“ mit anderen Worten liegt in der klassischen Linie marxistisch-leninistischer Parteien. Die Partei will über eine nationale demokratische Revolution zu grundlegenden sozialistischen Reformen kommen. Ihr Generalsekretär war lange Zeit Babacar Sane. Zu den Präsidentschaftswahlen 1983 unterstützte die LD/MPT den Kandidaten Mamadou Dia. 2000 war diese Partei Teil der Allianz für den Wandel unter Wade. Sie ist seit 2002 mit ihrem Vorsitzenden Bathily im Parlament vertreten.

### ***Parti de l'Indépendance et du Travail (PIT)***

Diese Partei ist die dritte Abspaltung aus der historischen PAI unter der Leitung von Seydou Cissokho. Diese Partei wird von den Beobachtern als die strikt orthodox marxistische Partei Senegals umschrieben. Die PIT sah sich immer als eigentlicher Gegenpart der PS und wollte Senegal aus der Zwangsjacke der PS befreien und wirklich umwandeln. Die Partei orderte auch weitergehende Demokratisierung in Parlament und Gesellschaft und kam dabei in den Schulterschuß mit der PDS Wades. 1983 unterstützte die PIT Wades Kandidatur. 2000 gab die PIT ebenfalls ihre Stimmen und zog ins Parlament ein. Im letzten Kabinett Wade stellte sie 2 Minister, die aber bei der kürzlichen Kabinettsumbildung entlassen wurden. Der heutige Generalsekretär Amath Dansokho ist Koordinator des „Cadre Permanent de Concertation“ (CPC), des augenblicklichen Bündnisses gegen Wade.

### ***Alliance des Forces du Progrès***

Die AFP ist eine Abspaltung der PS aus dem Jahre 1999. Moustapha Niasse, ihr Generalsekretär, sieht sich als eigentlicher Nachfolger Senghors. In den frühen Aufbaujahren der PS leitete er das Präsidialbüro Senghors von 1970 bis 1979. Als Wohnungsbauminister (1979), Außenminister (1980), Premierminister (1983) und wieder Außenminister im Kabinett Diouf 1993, durchlief Niasse alle Hierarchien des PS-Imperiums. Nach der Machtübernahme Tanor Diengs als 1. Sekretär der PS distanzierte er sich mehr und mehr von der Partei, bis er 1998 aus der Regierung ausschied und „Privatmann“ wurde. 1998/99 wurde er Repräsentant der Vereinten Nationen für die Großen Seen und Berater mehrerer afrikanischer Staats-

chefs. Er wird im senegalesischen Kontext als der „Staatsmann“ und Diplomat bezeichnet. Niasse ist über die Frage der innerparteilichen Demokratie und der Reformfähigkeit der PS ausgeschieden. Er will in der Politik ein Mehr an Ethik und Moral realisiert wissen. Im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen von 2000 bekam Niasse 17 % und kam auf den dritten Platz. In der Stichwahl stellte er sich auf die Seite Wades und trat ins erste Kabinett Wade als Premierminister ein. Manche sehen in ihm den Nachfolger Wades. Zur Friedrich-Ebert-Stiftung hat Niasse schon ein fast historisch zu nennendes Verhältnis: Als Jugendsekretär der PS und Kabinettsdirektor wurde Niasse damals von Senghor beauftragt, die erste Delegation der Stiftung am Flughafen Dakars zu empfangen. Niasse hat auch Ambitionen, seine Partei in die SI einzubringen. Niasse gilt als präsumptiver Präsidentschaftskandidat. In einer noch stark in sozialen Kategorien verhafteten Gesellschaft (politisches Denken entlang Kastenkriterien) ist es fraglich, ob Niasse als „Kastenangehöriger der Schmiede“ es wirklich zum Präsidenten bringen kann.

### ***Union pour le Renouveau Démocratique (URD)***

Die zweite Reformkomponente der PS ist die URD von Djibo Leyti Ka. Er machte den senghor'schen Traum des Weges vom Rinderhirten im senegalesischen Hochland über Bildung und Kultur zum Kabinettsdirektor Senghors (1977-81) wahr. Wie kein zweiter in der senegalesischen Politik steuert Ka seine politische Laufbahn über 7 Stationen im PS-Regierungsgebäude: Informationsminister (1981), Minister für Information, Telekommunikation und für die Beziehungen zu den beiden parlamentarischen Kammern (83-86), Minister für Information und Telekommunikation der kurzlebigen Konföderation

„Senegambia“ (82-86), Minister für Plan und internationale Kooperation (88-89), Bildungsminister (90-91), Außenminister (91-93) und Staatsminister des Inneren (93-95). Über die Frage der demokratischen Öffnung der Partei, der innerparteilichen Demokratie und der Abschaffung des französischen Systems der „parachutage“, des Einsetzens von Kandidaten in Wahlkreisen und Parteiämtern von Oben zerstritt er sich mit der PS-Führung. Er wurde suspendiert, nachdem er seinen Arbeitskreis „Erneuerung“ 1997 innerhalb der Partei gründete. Bei den Präsidentschaftswahlen im Februar 2000 erreichte er einen respektablen 4. Platz (7 %) und will in einen Pokerspiel Diouf dazu bringen, im Interesse der Erneuerung der PS von seiner Kandidatur im 2. Wahlgang Abstand zu nehmen und dafür die Stimmen an Ka zu geben. Dieser Poker geht nicht auf. Wade gewinnt. Ka stimmte dann letztlich doch für Diouf. Heute ist er Staatsminister für Seefahrt und Meereswirtschaft (Fischfang) im Kabinett Wade. Auch die URD sieht sich potentiell in der SI.

### ***Convention Démocratique et Patriotique (CDP/Garab-Gi)***

Diese Partei unter der Führung seines Generalsekretärs Prof. Iba Der Thiam ist eine Sammlungsbewegung zur Verteidigung der Interessen des Volkes. Die unermüdliche Arbeit als Abgeordneter zwischen 1993 und 1998 brachte Iba Der Thiam den Beinamen „Abgeordneter des Volkes“ ein. Die Partei ist 2005 aufgegangen in der PDS.

### ***Bloque Centriste Gaindé (BCG)***

1993 schloss Wade eine Reihe von Mitgliedern aus der PDS aus. Einer der Ausgeschlossenen und heutiger Generalsekretär der BCG-Gaindé, Jean-Paul Dias, gründete daraufhin eine Art Bürgerinitiative, die die Bevölkerung „in einer anderen Art“ am



politischen Leben teilhaben lassen möchte als über das herkömmliche Parteienkonzept. Letztlich verlangte aber die Beteiligung an Wahlen, doch die Form der Partei wieder anzunehmen. Im Mai 2005 fusionierte der Bloque Centriste Gaidé wieder mit der PDS.

### ***Partei der Wahrheit und der Entwicklung (PVD)***

Eine neue Entwicklung ist die Entstehung einer religiösen Partei unter der Führung des Marabouts Modou Kara Mbaké, eines Vertreters der „Enkelgeneration“ des Gründers der Mouridenbruderschaft Cheikh Ahmadou Bamba Mbacké. Rein theoretisch ist eine solche Partei verboten. Es hat sich aber gezeigt, dass eine neue Generation von Marabouts durchaus gewillt ist, das „Zeitliche“ mit dem „Spirituellen“, wie es in der aktuellen senegalesischen politischen Diskussion genannt wird, zu kombinieren. Bis jetzt ist es ein Randphänomen. Regierung, Staat und Gesellschaft sehen sich im Prinzip als säkular an. In der Vergangenheit gab es auch immer von allen Parteien Referenzerweisungen gegenüber der spirituellen Führern der Bruderschaften (Wade/Mouridismus), gleichzeitig achteten aber auch die großen geistlichen Führer darauf, dass die politische Umarmung nicht zu stark wurde, denn sie fürchteten auch, in innenpolitische Auseinandersetzungen gezogen zu werden, die ihrem sozialen Ansehen und ihrer Unangreifbarkeit in weltlichen Dingen Schaden zufügen würden. Die neu entstandene PVD spricht entwurzelte Jugendliche in Dakar an und versucht, über eine Art innovativer Sozialarbeit mit Disziplin und Islam, der Gesellschaft einen neuen Sinn zu geben.

## **III. DIE PARTEIEN IM PARLAMENT**

### **1. Knappe Darstellung des politischen Systems und des Wahlsystems**

Die Verfassung Senegals ist eine Kopie des de Gaulles'schen Präsidialsystems Frankreich. Bis 2007 gilt das Septennat, nach den nächsten Wahlen wird die Amtszeit des Präsidenten auf 5 Jahre begrenzt. Verfassungsänderungen betrafen die Doppelköpfigkeit der Exekutive und die Bi-Kameralität von Nationalversammlung und Senat. Senghor schaffte für einen begrenzten Zeitraum den Posten des Premierministers als Chef der Regierung ab, der aber später wieder eingeführt wurde. Der Premierminister wird vom Präsidenten bestimmt und die Einflußnahme des Parlaments auf die Zusammensetzung der Regierung ist sehr begrenzt. Es gab in den Parteien verschiedene Ansätze und Initiativen, zu einer stärker parlamentarischen Orientierung der senegalesischen Demokratie zu kommen, doch die Ansätze verließen kaum die Sphäre von akademischen Zirkeln.

Auch die zunächst mit viel Überzeugung vorgetragene Verfassungsreform Wades zu mehr Parlamentarismus und Demokratie entsprach eher der politisch-psychologischen Befriedigung einer wahrgenommenen Nachfrage als vielmehr dem Bewußtsein, wirklich etwas ändern zu wollen oder zu müssen. Tatsächlich ist die Person Wades heute mehr denn je Dreh- und Angelpunkt des politischen Systems.

Das Wahlrecht hat im Senegal im Laufe der Zeit ebenfalls Höhen und Tiefen durchgemacht. Mit der Machtübernahme Dioufs trat eine wahlrechtspolitische Verhärtung ein. Die Wahlkabinen wurden abgeschafft; die Vertraulichkeit der Wahlentscheidung war nicht mehr gewährleistet, auch auf die

nicht-entfernbar Tinte zur Sicherstellung, dass eine Person nicht mehrmals wählen kann, wurde verzichtet. Wählerlisten waren unvollständig, Ad-hoc-Wahlmöglichkeiten (Ordonnances) öffneten Betrug und Manipulation Tür und Tor.

### Übersicht

- Verfassung vom August 1960 nach der Beendigung der Föderation Mali: parlamentarisches System;
- März 1963, durch ein Referendum angenommen: Einführung eines stark präsidentiellen Systems;
- Verfassung vom Februar 1970, durch Referendum angenommen: kleine Retuschen im präsidentiellen System. Wiedereinführung des Postens des Premierministers als „Assistenten des Präsidenten“ ohne eigene politische Autorität;
- Nach 40 Jahre PS-Herrschaft gelingt es Me Abdoulaye Wade im 2. Wahlgang im März 2000 Präsident Diouf zu schlagen und mit einer Allianz aus PDS und Linksparteien die „*Alternance*“, den Machtwechsel durchzusetzen – in Wolof „*Sopi*“;
- Januar 2001, durch Referendum angenommen: formelhaft mit „*régime parlementaire rationalisé*“ umschrieben, was letztlich ein *window-dressing* ist, denn der Präsident benennt und entlässt weiterhin den Premierminister, dem aber die Möglichkeit eingeräumt wird, in Grenzen politische Entscheidungen zu treffen und Entscheidungen per Regierungsdekret umzusetzen.

Die Präsidentschaftswahlen von 1983 und 1988 waren auf diese Weise von der Opposition als mangelbehaftet eingestuft und

ihre Legitimität in Frage gestellt worden. Die Unruhen nach den Präsidentschaftswahlen von 1988 führten zur Bildung einer Wahlrechtsreformkommission, die ein neues Wahlrecht ausarbeitete, das u.a. die folgenden Merkmale aufwies:

- Wahlrecht ab 18 Jahre;
- Wahlkabinen und nicht-entfernbar Tinte in jedem Wahllokal vorgeschrieben;
- Neufassung des Wählerregisters;
- Anwesenheit der Parteienvertreter im Wahllokal (Beisitzer);
- Schaffung einer nationalen Zählkommission.

Man sprach sogar vom besten Wahlrecht der Welt im Senegal. Aber auch das konnte nicht verhindern, dass übermäßig von dem Stimmrecht durch „Ordonnances“ Gebrauch gemacht wurde und dadurch nicht-berechtigte Wähler wählen konnten. Letztlich ist die durchführende Institution – das Innenministerium – Partei und Schiedsrichter zugleich, was nach allgemeiner Auffassung immer zu Betrug und Wahlmanipulation im Senegal geführt habe. Anlässlich von Regional- und Kommunalwahlen 1996 kam es zu Ausschreitungen nach den Wahlen, die dazu führten, daß einige Parteien eine Unabhängige Wahlkommission forderten (CENI), die aber Diouf nicht wollte. Man einigte sich auf ein „Observatoire National des Elections“ (ONEL), ein halb-autonomes Gebilde zur Kontrolle der Ordnungsgemäßheit der Wahlen. Von 2 unbestechlichen Militärs geleitet, führte ONEL die alles entscheidenden Präsidentschaftswahlen im März 2000 zu einem demokratiepolitischen Erfolg.

Die Präsidentschaftswahlen vollziehen sich nach französischen Muster, wenn erforder-

lich in 2 Wahlgängen. Bis 2007 gilt das Septennat, ab 2007 soll das Quinquennat gelten (Verfassungsänderung von 2001).

Das Wahlrecht zum Parlament sieht ein gemischtes System vor. Von den 120 Abgeordneten werden 55 nach dem Proportionalssystem über eine nationale Parteiliste gewählt, 65 Abgeordnete werden auf Département-Ebene (Wahlkreise) über ein Mehrheitsystem gewählt. Dabei können in den Wahlkreisen bis zu 5 Abgeordnete pro Wahlkreis gewählt werden, je nach demographischer Größe. Die Partei, die die meisten Stimmen in einem Wahlkreis bekommt, nimmt unter Umständen alle 5 Abgeordneten mit einem Schlag. Dadurch wirkt das aktuelle Wahlrecht zugunsten der größten Parteien. In der augenblicklich 10. Legislaturperiode gibt es unter den 120 Abgeordneten 23 Frauen, d.h. 19,6 %, was nicht nur für afrikanische Verhältnisse hoch ist.

Während in der Vergangenheit die Parteien wohl eine hervorragende Rolle im politischen Leben des Landes spielten, war ihr Status im Parlament doch eher sekundär. Erst die Verfassungsänderung von 2001 räumt den Parteien, die nicht in der Regierung sind, einen spezifischen Status von „Oppositionsparteien“ ein. In Anbetracht der Realität des politischen Lebens im Senegal mit Parteien, die zwar eine sozialistisch-marxistische Vergangenheit mit einem programmatischen Inhalt hatten aber doch über ihr Leadership beträchtliche dialektische Pendelschläge vollzogen, ist das Phänomen der „Transhumance“ – des parteipolitischen Nomadentums sehr verbreitet. Um eine politische Stabilität im Parlament zu erreichen, sehen nunmehr die Statuten vor, dass – wenn ein Abgeordneter aus seiner Partei austritt – er automatisch das Abgeordnetenstatut verliert. Ob das wirklich zu

einer Stabilisierung führt, ist fraglich. Allgemein wird das Fehlen von innerparteilicher Demokratie als Hauptursache der parteipolitischen „Dekomposition“ bezeichnet.

## **2. Arbeit der Parteien im Parlament – Bildung und Bedeutung von Fraktionen**

Mit dem Zerfall der großen PS in mehrere Strömungen und des Fortbestands eines runden Dutzends von kleinen Parteien ist die Koalitions-/Fraktionsbildung von großer Bedeutung.

- WADE's Sammlungsbewegung „*Groupe Libéral et Démocratique*“ ist ein großes Gebilde von 80 Abgeordneten, die sich aus PDS, aus der Partei LD/MPT (Bathily), der CDP-Garab-Gi (Iba Der Thiam) und der PDS/R (Sérigne Diop) zusammensetzt, unter der Fraktionsführung von Doudou Wade, dem Neffen des Präsidenten. Sie stellt den Parlamentspräsidenten Pape Diop, der zugleich Bürgermeister von Dakar ist. Ein Gesetz zur Amnestie politisch motivierter Straftaten – „Loi Ezzan“ sollte alle Straftaten, die in Verbindung mit Wahlen von Januar 1983 bis Dezember 2004 stattfanden, amnestieren. Dagegen regte sich rechtspolitischer Widerstand bei den Menschenrechtsorganisationen. In einer Verfassungsklage wurde der Artikel 2 des Gesetzes Ezzan für rechtswidrig erklärt. Dieser betraf die Straftatbestände, die sich auf die Ermordung des Verfassungsrichters Babacar Sèye beziehen, der am Vorabend der Verkündung der Wahlergebnisse der Präsidentschaftswahlen 1993 ermordet wurde. Die Familie des Richters wurde von Wade reichlich monetär abgefunden und die politische Elite Senegals

geht davon aus, dass Wade in diesen Mord mit verwickelt war. Es gibt auch in der Fraktion eine gewisse Unruhe: eine Gruppe von 14 Abgeordneten der PDS trat aus der Fraktion im April wegen Mangel an innerfraktioneller Demokratie und Artikulationsfreiheit aus und gründete eine eigene Fraktion FAL, was die Parlamentsordnung erlaubt. Nunmehr will die PDS über ein Parteiausschlussverfahren die Abgeordneten ihres Mandats entledigen und mundtot machen. Ein Gespräch mit Wade am 11. Juni 2005 führte die Frondeure wieder in die Fraktion „Groupe Libéral et Démocratique“ zurück.

- Die zweite Fraktion ist die „*Groupe de l'Espoir*“, die, unter der Leitung von Madieyna Diouf, aus 13 Abgeordneten der AFP Moustapha Niasses und je einem Abgeordneten der RND und der PIT besteht. In letzter Zeit bewegen sich Niase und Dieng auf einander zu.
- Die dritte Fraktion ist die Gruppe „*Démocratie-Justice-Solidarité*“ der PS unter der Leitung Ousmane Tanor Dieng. Wegen ihrer langen Regierungserfahrung ist diese Fraktion am versiertesten in der Arbeit als Oppositionsfraktion, was inzwischen auch von Wade anerkannt wird.
- Die vierte Fraktion ist die neue Gruppe „*Forces de l'Alternance*“ der bereits erwähnten 14 PDS-Frondeure unter Ousmane Sarr. Nach den Parlamentsstatuten sind zwar die Parteien gegen die „Transhumance“ geschützt, nicht aber die Fraktionen. Nach Auffassung der Verfassungsexperten sind die Abgeordneten absolut legitimiert, ab 10 Abgeordneten eine eigene Fraktion zu gründen, ohne ihres Mandats verlustig

zu gehen. Seitdem kämpft die PDS-Parteiführung mit lauterem oder unlauteren Mitteln darum, die Abgeordneten durch Parlamentsbeschluss aus der Partei auszuschließen. Ob die Absetzbewegung der 14 (oder nunmehr 12) Frondeure auf die Entmachtung seines ehemaligen Premierministers Idrissa Seck (präsumptiver Thronfolger) durch Wade zurückzuführen ist und ob sich in dieser Abspaltung eine allgemeine „Malaise“ in der PDS über den absolutistischen Politikstil Wades ausdrückt, sei dahin gestellt. Wade schlägt zur Zeit um sich wie der wütende Donnergott Thor. Oder er lässt wüten, stechen, schmieren und auflösen. Die Presse ergeht sich in psychoanalytischen Betrachtungen über die Gemütsverfassung des alternden Patriarchen. Oder sie drückt es lapidar aus: „Wade sägt systematisch an den Ästen, auf denen er selber sitzt.“ Am 11. Juni 2005 kehrten die Frondeure wieder in die alte Fraktion zurück.

### **3. Dienstleistungen der Parlamentsverwaltung für Parteien/Fraktionen**

Das Parlament hat ein recht interessantes Netzwerk zu Experten der Zivilgesellschaft aufgebaut, um sich in seiner Kontroll- und Gesetzgebungsarbeit beraten zu lassen. Allerdings hat eine Evaluierung, die der Parlamentspräsident durchführen ließ, deutlich gemacht, dass dieses Netzwerk zwar auf dem Papier gut aussieht, dass es zu weiten Teilen aber auch faktisch nur auf dem Papier existiert. Manche Netzwerke schlafen oder sind nicht funktionsfähig.

Die zweite Schwäche des Parlaments ist, dass ihm ein Ministerium für Parlamentsarbeit vorgeschaltet ist. Einen Tag der „Offe-

nen Tür“ organisiert nicht das Parlament selbst, sondern das zuständige Ministerium organisiert ein solches Ereignis in Zusammenarbeit mit dem Parlament. Damit ist dem Parlament viel von einer unmittelbaren gesellschaftspolitischen Ausstrahlung genommen.

Ein „Wissenschaftlicher Dienst“ ist praktisch nicht vorhanden.

#### **4. Verhaltenskultur von Politikern im Kontext von Wahlen**

Von Jacques Chirac gibt es das Wort der „*ivresse de la campagne électorale*“, der Trunkenheit des Politikers im Wahlkampf. Nimmt man dazu die Neigung der Senegalesen, Innenpolitik als Volkssport zu nehmen, so kann man sich vorstellen, worüber die Presse täglich zu berichten hat: Koalitionsbildungen, Allianzen, Übertritte, Austritte, Neugründungen, Abspaltungen. Aus der subjektiven Sicht der Akteure sind diese politischen Vorgänge aus sich heraus sachlogisch, immanent und notwendig. Sie sind aber im Grunde nichts anderes als der Ausdruck eines Mangels an innerparteilicher Demokratie. Die Erneuerung der Eliten findet nicht in den Parteien statt, sondern durch Abspaltungen. Alle Parteien sind heute beherrscht von den 60- bis 70-Jährigen: Während die Gesellschaft immer jünger wird, wird die herrschende Elite immer älter: sieht sich aber als Fürsprecher der Jugend. So entsteht eine große Kluft zwischen Anspruch und Realität. Senegal hat 2000 nach rund 40 Jahren PS-Herrschaft eine Regierungsablösung durch Wahlen geschafft (Alternance). Das Regierungsprogramm ließ sich mit dem Wolof-Wort „Sopi“ – Wandel – zusammenfassen. Daraufhin hatte Wade über 25 Jahre hingearbeitet.

Das wurde von der senegalesischen Gesellschaft außerordentlich geschätzt. Heute, nach 5 Jahren Sopi, sind die demokratiepolitischen Fortschritte eher als begrenzt zu beurteilen. Heute drücken sich die Medien in völliger politischer Meinungs- und Pressefreiheit aus und sind dadurch auch ein Hauptpfeiler einer lebendigen Parteiendemokratie im Senegal geworden.

#### **IV. ZUSAMMENFASSENDE BEWERTUNG DES MEHRPARTEIENSYSTEMS UND DER PARTEIEN**

##### ***Demokratietest***

Senegal hat sich über 40 Jahre als stabile Demokratie halten können. Sie hinkt zwar, hat viele Defizite, ist insgesamt auf eine nicht sehr große gebildete und begüterte Oberschicht begrenzt aber hat letztlich ein Gegenmodell zu dem Rest afrikanischer Länder abgegeben. Daran hatte das Mehrparteiensystem einen entscheidenden Beitrag. Dieses Mehrparteiensystem hatte zwar zunächst mehr den Anschein eines „1 plus Systems“ (eine Hegemonialpartei PS plus kleine Grüppchen) letztendlich hat es sich aber als Mehrparteiensystem etabliert. Die nächsten Wahlen werden zeigen, ob Wade das Rennen wieder machen kann – unter demokratischen Voraussetzungen – oder ob sich ein Wechsel im Wechsel andeutet. Die Wahlen haben in den letzten Jahren in ihrer legitimatorischen Qualität gewonnen. Daran hat sowohl die politische Elite einen Anteil, indem sie sich auf die Spielregeln einigte, daran hat aber auch die rechtsstaatsorientierte Zivilgesellschaft ihren Anteil und nicht zuletzt die Presse, die die Wahlen haut- und zeitnah verfolgte und überwachte („watchdog“ Funktion). Dies ist die eigentliche Herausforderung für 2006/2007. Transparenz von Wahlen ist wahrscheinlich das wichtigste Entwicklungskriterium, das lang-

fristig sichere Investitionsentscheidungen mit sich bringen wird.

Bei der stark frankophonen Orientierung dürfte die Präsidialherrschaft weiterhin stilbeherrschend bleiben und der Parlamentarismus eher eine nachgeordnete Rolle spielen. Ein großes Defizit ist der Mangel an innerparteilicher Demokratie. Die Parteien sind schlecht finanziert und nicht transparent, die politischen Führer sind Professoren und Honoratioren, die Politik als Nebentätigkeit betreiben, auch wenn sie die Hauptsache geworden ist. Die gesellschaftliche Verankerung ist weniger eine Sache der politischen Überzeugung als die eines Klientelismus (nicht selten auch örtlicher, regionaler Herkunft).

### ***Programmatiktest***

Hier herrscht eigentlich die größte Verwirrung oder auch Sklerotisierung. In ihrer Programmatik leben die Parteien noch in der Zeit vor dem Fall der Berliner Mauer. Sozialismus und Marxismus-Leninismus kann heute niemanden mehr als politische Orientierung motivieren. Aber es ist auch nichts Neues dazu gekommen. Es werden Versatzstücke der Armutsbekämpfung von Weltbank und der Entwicklungspolitik der UN-Organisationen genommen, es wird auf NEPAD und Pan-Afrikanismus Bezug genommen aber die Orientierungen werden nicht in praktische Politikschritte heruntergebrochen. Es gibt keine kohärenten Parteidokumente zu programmatischen Aussagen. Politik wird über Absprachen des politischen Leadership gemacht.

### ***Relevanztest***

Bei all diesen Schwächeerscheinungen: es geht doch kein Weg an der Relevanz der politischen Parteien vorbei. Weder gibt es eine gestalterische Alternative in der Zivilge-

sellschaft; noch in den Gewerkschaften; noch in den gesellschaftlichen Gruppen wie Unternehmer, Akademiker und Sozialwissenschaftler oder Entwicklungsverwaltung. Das Rekrutierungspotential für letztlich staatliches Leadership kommt auch heute noch aus den politischen Parteien. Zwar gibt es immer Quereinsteiger in den politischen Parteien, die ihre Laufbahn nicht über 40 Jahre Parteiarbeit gemacht haben aber letztlich ist Senegal ein gutes Beispiel für die Relevanz von Parteien.

## **Ideologischer Exkurs: der Afrikanische Sozialismus à la Senghor**

Politisch gesehen war Senghor (zusammen mit Kenneth Kaunda, Julius Nyerere, Milton Obote, Tom Mboya, Kwame Nkrumah, Ahmed Ben Salah und Gamal Abdel Nasser) der Begründer eines „Afrikanischen Sozialismus“.

Senghor zielte auf die humanistische Dimension des Sozialismus ab, hob den Begriff „négritude“ hervor und gab der politischen Unabhängigkeitsbewegung eine kulturelle, menschlich evolutionäre Dimension. Der Kontinent Afrika sei ökonomisch arm – und daran hätten auch sicherlich Kolonialismus und Ausbeutung ihren Anteil – aber an kulturellen Werten habe jeder Afrikaner seinen genuinen menschlichen Stellenwert, sei ein Mensch von Traditionen, Persönlichkeitswerten, von kulturellem Ausdruck in Poesie, Musik und Tanz, die ihn kategorisch ebenbürtig mit der europäischen Kultur mache, also nicht der Figur des „primitiven Wilden“ entspreche.

Entsprechender Stellenwert wurde im politischen Diskurs der Bildung, der Kunst und der Kultur – fast im Sinne Goethes der sittlichen Reifung des Menschen – eingeräumt. Senghors Schriften „Liberté I bis IV“ legen davon Zeugnis ab. Dieser Diskurs hängt sicherlich mit der kulturellen Sozialisation Senghors im französischen Bildungssystem zusammen: von der Grundschule im Dorf des senegalesischen Hinterlands über das Gymnasium in St. Louis bis zum Studium in Paris, seiner Anstellung als Lehrer in Frankreich und schließlich als französischem Abgeordneten. Sein Weg war ein Musterexemplar der „assimilation“, des Aufstiegs durch Bildung. Wer heute die politische Elite des Landes betrachtet, trifft immer wieder auf die Replika im Kleinen wie im Großen des Senghor'schen Lebensmuster. Und während in Senghor die Größe dieses Weges deutlich wird, wird auf der anderen Seite die praktische Umsetzung des sozialen Wandels und der wirtschaftlichen Entwicklung vernachlässigt oder den alten französischen Kolonialherren überlassen. So entsteht im Senegal eine neue, hoch kultivierte und gebildete, quasi-feudale Schicht von Persönlichkeiten der ersten Stunden der Unabhängigkeit, aber zugleich weite Ebenen der praktischen Leere.

In der ideologischen Diskussion der frühen sozialistischen Jahre war Senghors Schrift: *Pour une relecture africaine de Marx et d'Engels* (Tunis 1-6 Juli 1975) von zentraler Bedeutung. Sie führte gewissermaßen zu einer zweiten (afrikanischen) Revisionismusdebatte: Marx wäre in seinen Schriften nie von einer „einförmigen Entwicklung“ des historischen und dialektischen Materialismus ausgegangen, etwa in dem Sinne, dass Afrika die gleichen Gesellschaftsstufen wie Europa vom Feudalismus über die Bourgeoisie, Kapitalismus und Klassenkampf gehen müsse. Für Senegal sei es also nicht die Frage, von einer ländlichen kommunautären Struktur zum Sozialismus zu gehen; er, Senghor, sehe die Bedeutung des Sozialismus für die Völker darin, die zivilisatorischen Werte zur Geltung zu bringen und die Ungleichheiten zwischen den Völkern zu vermindern. Daraus leitete Senghor eine Priorisierung des Kulturellen gegenüber dem Ökonomischen ab.

Wirtschaftspolitisch war deshalb das Programm Senghors eher konturenlos: marktwirtschaftliche, spätkolonialistische Grundorientierung bei gleichzeitiger Förderung von Genossenschaften in Produktion und Vermarktung (Erdnussektor) und einige Nationalisierungen im öffentlichen Dienstleistungsbereich (Wasser/Elektrizität/Telefon), beträchtliche administrative Aufblähung und dadurch Hypertrophie des Staatsapparats.

Die unterschiedlichen Ausprägungen des afrikanischen Sozialismus schlossen sich schließlich auch auf Senghors Betreiben zu einer „Intersocialiste Africaine“ in Tunis (25-28 Februar 1981) zusammen, die allerdings nur eine ephemere Erscheinung war.

## Dokumentarischer Anhang

### Anhang A: Liste der wichtigen politischen Parteien im Senegal (Auswahl aus insges. 64)

AFP	Alliances des Forces du Progrès; Generalsekretär: Moustapha Niasse; gegründet 1999
AJ/PADS	AND- Jeff/Parti Africain pour la Démocratie et le Socialisme; Generalsekretär: Landing Savané; gegründet 1981
CDP/Garab-Gi	Convention des Démocrates et des Patriotes Garab-Gi; Generalsekretär Prof. Iba Der Thiam; gegründet 1992
LD/MPT	La Ligue Démocratique / Mouvement pour le Parti du Travail; Generalsekretär: Prof. Abdoulaye Bathily; gegründet 1981
PAI	Parti Africain de l'Indépendance; Vorsitzender Mahjemout Diop; gegründet 1976
PDS	Parti Démocratique Sénégalais; Generalsekretär Maître Abdoulaye Wade; gegründet 1974
PIT	Parti de l'Indépendance et du Travail-Sénégal; Generalsekretär: Amath Dansokho; gegründet 1981
PLP	Parti pour la Libération du Peuple; (Boubacar Niang); gegründet 1983
PPS	Parti Populaire Sénégalais; Vorsitzender: Dr. Ouma Wone; gegründet 1981
PS	Parti Socialiste; 1. Sekretär: Ousmane Tanor Dieng; gegründet 1959
RND	Rassemblement National Démocratique; Generalsekretär: Madior Diouf; gegründet 1981
URD	Union pour le Renouveau Démocratique; Generalsekretär: Djibo Leyti Kâ; gegründet 1998
PVD	Parti pour la Vérite et le Développement; Vorsitzender: Marabout Modou Kara Mbacké; gegründet 2004

Quelle: *Annuaire des partis politiques, CESTI/Konrad Adenauer Stiftung, Dakar 2001*

### Anhang B: Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen

#### (Kandidat / Anteil der abgegebenen Stimmen in %)

##### **1983**

Abdou Diouf (PS) – 84,2%; Abdoulaye Wade (PDS) – 14,9%; Mamadou Dia (MDP) – 1,4%; Oumar Wone (PPS) – 0,2%; Mahejout Diop (PAI) – 0,2%

##### **1988**

Abdou Diouf (PS) – 73,2%; Abdoulaye Wade (PDS) – 25,8%; Babacar Niang (PLP) - 0,8%  
Landing Savané (AJ/PADS) – 0,3%

##### **1993**

Abdou Diouf (PS) – 58,4%; Abdoulaye Wade (PDS) 32,0%; Landing Savané (AJ/PADS) – 2,9%;  
Abdoulaye Bathily (LD/MDT) – 2,4%; Iba Der Thiam (CDP Gaba-Gi) – 1,6%; Madior Diouf (RND) – 1,0%;  
Mamadou Lô (Unabhäng.) – 0,9%; Babacar Niang (PLP) – 0,8%

##### **2000**

1. Wahlgang am 27. Februar 2000

Abdou Diouf (PS) – 41,3%; Abdoulaye Wade (PDS) – 30,1%; Moustapha Niasse (AFP) – 16,8%;  
Djibo Leyti Kâ (URD) – 7,1%; Iba Der Thiam (CDP) – 1,2%; Serigne Ousseynou Fall – 1,1%;  
Cheikh Abdoulaye Dieye – 1,0%; Mademba Sock – 0,6%

2. Wahlgang am 19. März 2000

Abdoulaye Wade - 58,5%; Abdou Diouf – 41,5% (Wahlbeteiligung 62%)

Quelle: *www.Electionworld.org*



## **Anhang C: Ergebnisse der Parlamentswahlen 1983–2002**

**(Parteien / Anteile der abgegebenen Stimmen in %)**

### **1983**

PS – 75,9%; PDS – 14,0%; PAI – 0,3%; RND – 2,7%; MDP – 1,2%; LD/MDT – 1,1%; PIT – 0,6%; PPS – 0,2%

### **1988**

PS – 71,0%; PDS – 24,6%; LD/MDT – 1,4%; PLP – 1,2%; PIT – 0,8%; PDS/R – 0,4%

### **1993**

PS 56,6%; PDS – 30,2%; JLS – 4,9%; LD/MDT – 4,1%; PIT 3,0%; UDS/R – 1,2%

### **1998**

PS – 50,2%; PDS – 19,1%; URD – 13,2%; AJ/PADS – 5,0%; LD/MDT – 3,9%; CDP-Garab-Gi – 2,0%; FSD/BJ – 1,3%; PDS/R – 1,1%; PIT – 0,9%; RND – 0,7%; Bloc des Centristes Gaidé – 0,6%; ...

### **2002**

Koalition Sopi (PDS + LD/MDT + sonstige) – 49,6%: 89 Sitze; AFP – 16,1%: 11 Sitze; PS 17,4%: 10 Sitze; URD – 3,7%: 3 Sitze; AJ/PADS – 4,1%: 2 Sitze; PLS – 0,9%: 1 Sitz; PPC – 0,9%: 1 Sitz; JJ – 0,8%: 1 Sitz; RND – 0,7%: 1 Sitz; PIT – 0,6%: 1 Sitz (Wahlbeteiligung 67,4%)

*Quelle: [www.Electionworld.org](http://www.Electionworld.org)*

## **Die Friedrich-Ebert-Stiftung**

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die älteste politische Stiftung Deutschlands. Sie ist eine private und gemeinnützige Institution und den Ideen der Sozialen Demokratie verpflichtet. Die Stiftung trägt den Namen des ersten demokratisch gewählten deutschen Staatspräsidenten, Friedrich Ebert, und führt sein Vermächtnis der politischen Gestaltung von Freiheit, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit fort. Diesem Auftrag entspricht sie im In- und Ausland mit ihren Programmen zur Politischen Bildung, Internationalen Zusammenarbeit sowie Studienförderung und Forschung.

## **Die Internationale Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung**

Die Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung fördert nachhaltige Entwicklung und Demokratie in Afrika, Asien, Lateinamerika sowie dem Nahen Osten. Zusammen mit ihren Partnern, gesellschaftspolitischen Akteuren in über 100 Ländern, trägt sie dazu bei, dass in Zukunft:

- Demokratische Strukturen unter Einbeziehung möglichst aller gesellschaftlicher Gruppen gesichert,
- Reformprozesse und Mechanismen eines friedlichen Interessenausgleichs gefördert sowie
- Globale Zukunftsstrategien gemeinsam gestaltet werden.

Gegenwärtig unterhält das Afrika-Referat der Friedrich-Ebert-Stiftung in den Ländern südlich der Sahara 19 Büros mit 23 deutschen Mitarbeitern und ca. 180 Ortskräften. Darüber hinaus werden Projekte in 4 weiteren Ländern (Kapverden, Togo, Mauritius, DR Kongo) durchgeführt, die jeweils von einem angrenzenden Büro oder der Zentrale mitbetreut werden. Für diese Arbeit standen im Jahre 2005 ca. 12 Mio. € zur Verfügung.

Weitere Informationen sowie FES-Publikationen zu Afrika finden Sie auf unserer Homepage unter: <http://www.fes.de/international/afrika>.

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Referat Afrika  
Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit

Leiter: Dr. Werner Puschra  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn  
Tel.: +49 228 883-576  
Fax: +49 228 883-623